Aufhebungsvertrag

Zwischen

der Firma ..................................................................................................................................................

Anschrift: ……………………………………………………………………………………………...……………

*- nachfolgend Arbeitgeber genannt -*

und

Frau/Herrn ................................................................................................................................................

Anschrift: ……………………………………………………………………………………………...……………

*- nachfolgend Arbeitnehmer genannt -*

wird folgende Vereinbarung geschlossen:

**§ 1 Aufhebung des Arbeitsverhältnisses**

Das zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer seit dem ............................................ bestehende Arbeitsverhältnis wird im gegenseitigen Einvernehmen auf Veranlassung des Arbeitgebers zur Vermeidung einer betriebsbedingten Kündigung unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist zum ........................................ aufgelöst.[[1]](#endnote-1)1

**§ 2 Vergütungsfortzahlung; Freistellung**

Der Arbeitgeber verpflichtet sich, bis zum Vertragsende die regelmäßige monatliche Bruttovergütung in Höhe von .................................. € ordnungsgemäß abzurechnen und weiterzuzahlen.

**§ 3 Freistellung**

(1) Für die restliche Zeit bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird der Arbeitnehmer unter Fortzahlung seiner Vergütung unwiderruflich von der Arbeit freigestellt.

(2) Soweit der Arbeitnehmer während der Zeit seiner Freistellung anderweitige Einkünfte bezieht, sind diese nicht auf die Vergütungsfortzahlung anzurechnen.

**§ 4 Abfindung**

(1) Als Ausgleich für den Verlust des Arbeitsplatzes verpflichtet sich der Arbeitgeber, dem Arbeitnehmer in sinngemäßer Anwendung der §§ 9, 10 KSchG zusätzlich eine Abfindung in Höhe von ............................... € zu zahlen.

(2) Die Abfindung gilt als am Tag der Unterzeichnung dieser Vereinbarung entstanden und ist am ............................... fällig. Sie reduziert sich für den Fall, dass der Arbeitnehmer innerhalb von drei Monaten nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein neues Anstellungsverhältnis eingegangen ist um ...................................... €, sofern er die Probezeit im neuen Arbeitsverhältnisses erfolgreich bestanden hat.

(3) Der Arbeitnehmer erteilt über den Erhalt der Abfindung eine gesonderte Quittung.

(4) Der Arbeitgeber übernimmt ausdrücklich nicht das Risiko der Steuerfreiheit der vereinbarten Abfindung.

**§ 5 Urlaub**

(1) Für das laufende Urlaubsjahr steht dem Arbeitnehmer noch ein Urlaub von ................ Arbeitstagen zu.

(2) Dieser Anspruch wird durch die Zahlung von ................... € abgegolten.

**§ 6 Arbeitspapiere und -unterlagen**

(1) Der Arbeitgeber wird dem Arbeitnehmer zunächst ein Zwischenzeugnis erteilen. Mit seiner Unterschrift unter diese Vereinbarung bestätigt der Arbeitnehmer den Erhalt desselben. An seinem letzten Arbeitstag werden dem Arbeitnehmer seine restlichen Arbeitspapiere sowie ein Endzeugnis ausgehändigt werden. Den Erhalt dieser Arbeitspapiere hat der Arbeitnehmer gesondert zu bestätigen.

(2) Der Arbeitnehmer wird am .............................. folgende Firmengegenstände und -unterlagen an den Arbeitgeber zurückgeben:

..........................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................

**§ 7 Hinweis des Arbeitgebers nach § 2 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 SGB III**

Der Arbeitgeber weist den Arbeitnehmer ausdrücklich darauf hin, dass dieser verpflichtet ist, sich unverzüglich nach Abschluss dieses Aufhebungsvertrages persönlich bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitssuchend zu melden, damit dem Arbeitnehmer seine eventuell bestehenden Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung ungekürzt erhalten bleiben. Des Weiteren weist der Arbeitgeber darauf hin, dass der Arbeitnehmer verpflichtet ist, selbst aktiv nach einer neuen Beschäftigung zu suchen.

**§ 8 Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse**

Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, über alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihm während des Arbeitsverhältnisses bekannt wurden, auch nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses Stillschweigen zu bewahren.

**§ 9 Ausgleichsklausel**

Die Parteien sind sich darüber einig, dass keine weiteren gegenseitigen Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund, bestehen.

**§ 10 Hinweis**

Der Arbeitnehmer wurde darauf hingewiesen, dass die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses zur Verhängung einer Sperrzeit für den Bezug von Arbeitslosengeld führen kann. Auch wurde ihm erklärt, dass die Zahlung einer Abfindung zu einem Ruhen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld führen und die Abfindung – unter Umständen in voller Höhe – der Steuerpflicht unterfallen kann. Der Arbeitnehmer ist sich darüber bewusst, dass er sich wegen weiterer Einzelheiten zu den in diesem Paragraphen beschriebenen möglichen Folgen eines Aufhebungsvertrages sowohl an die Bundesagentur für Arbeit als auch an das Finanzamt wenden kann.

.............................................................. ..............................................................

(Ort, Datum) (Ort, Datum)

.............................................................. ..............................................................

(Unterschrift Arbeitgeber) (Unterschrift Arbeitnehmer)

Der Arbeitnehmer erklärt, dass er diesen Vertrag nach reiflicher Überlegung freiwillig und ohne jeden Zwang unterzeichnet hat. Ihm wurde insbesondere nicht mit der Kündigung für den Fall gedroht, dass er den Aufhebungsvertrag nicht unterzeichnen werde.

..............................................................

(Unterschrift Arbeitnehmer)

1. 1 Es empfiehlt sich, zwischen Ausstellung des Aufhebungsvertrages und Beendigung des Arbeitsverhältnisses die arbeitgeberseitige tarifliche oder gesetzliche Kündigungsfrist zu legen, da ansonsten mit der Verhängung einer Sperrfrist für den Bezug von Arbeitslosengeld zu rechnen ist. In der Arbeitsbescheinigung sollte noch darauf hingewiesen werden, dass das Arbeitsverhältnis unter Beachtung der arbeitsrechtlichen Vorschriften aus betriebsbedingten Gründen unter Einhaltung der arbeitgeberseitigen Kündigungsfrist zu demselben Termin ordentlich gekündigt worden wäre, wenn die Parteien keinen Aufhebungsvertrag abgeschlossen hätten.

Ferner muss der Arbeitnehmer, um einer Sperrfrist zu entgehen, zusätzlich noch nachweisen, dass es ihm nicht zuzumuten war, die arbeitgeberseitige Kündigung abzuwarten. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Arbeitnehmer objektive Nachteile aus einer arbeitgeberseitigen Kündigung für sein berufliches Fortkommen durch den Abschluss des Aufhebungsvertrages vermieden hat oder er sonstige wichtige Gründe darlegt, aus denen er objektiv Nachteile aus einer arbeitgeberseitigen Kündigung befürchten musste.

Der Arbeitnehmer kann insoweit geltend machen, dass ein Aufhebungsvertrag bei einer Neubewerbung sicherlich vorteilhafter ist als eine arbeitgeberseitige Kündigung.

Beabsichtigt der Arbeitnehmer jedoch, in den Vorruhestand zu wechseln, ist die Wahrscheinlichkeit der Verhängung einer Sperrfrist größer, da der Arbeitnehmer so nicht mehr vorbringen kann, dass der Abschluss des Aufhebungsvertrages für sein berufliches Fortkommen förderlich war.

Daher sollte der in § 9 enthaltene allgemeine Hinweis auf eine mögliche Sperrzeitverhängung enthalten sein. [↑](#endnote-ref-1)